



HESSISCHER LANDTAG

30.01.2024

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

Konkretisierung der Renaissance der Realpolitik: Hessen muss mit einem Sofortprogramm für den Mittelstand vorangehen!

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass die Proteste der Bauern, des Transportgewerbes, der Handwerker, der Gastronomie und anderer Gewerbetreibender und Kleinunternehmen Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten auch in Hessen sind.
2. Der Landtag stellt fest, dass das von der letzten Landesregierung beschlossene Klimagesetz und das darin enthaltene Ziel einer angeblich notwendigen „Klimaneutralität“ in Zusammenhang mit Klimagesetzen des Bundes zu immer höheren Steuern und Abgaben für hessische Bürger geführt hat, die Wohlstandverluste und Armut in der Bevölkerung verschärft und die Existenz von mittelständischen Unternehmen auch in Hessen gefährdet.
3. Der Landtag stellt fest, dass die hauptsächlichen Kostentreiber für den hessischen Mittelstand, neben der Inflation, die sehr hohen Steuern und Abgaben sowie immer mehr bürokratische Hürden sind, die auch durch das hessische Klimagesetz zusätzlich noch verschärft wurden.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das hessische Klimagesetz wieder abzuschaffen und über die Ministerpräsidentenkonferenz und den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, die CO₂-Steuer umgehend ersatzlos zu streichen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, über die Ministerpräsidentenkonferenz und den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, die Agrardieselmrückvergütung nicht nur beizubehalten, sondern zu verdoppeln, wie von der AfD-Bundestagsfraktion schon seit Oktober 2022 gefordert (Bundestagsdrucksache 20/3699).
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, über die Ministerpräsidentenkonferenz und den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, die Umsatzsteuer für die Gastronomie wieder auf den ermäßigten Satz von 7 % zu senken.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, über die Ministerpräsidentenkonferenz und den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, die Erhöhung der Mautgebühren um 83 % (in Zusammenhang mit der Umlegung des CO₂-Preises von 200 € pro Tonne auf die Maut) sofort wieder zurück zu nehmen.

Begründung:

Landwirtschaft, Gastronomie und Transportgewerbe stehen aufgrund der wirtschafts- und bürgerfeindlichen Politik der Ampelregierung vor schwerwiegenden Herausforderungen. Die genannten Branchen leiden unter erheblichen Wettbewerbsnachteilen, herbeigeführt durch die grüne Ideologie.

Die Bauernschaft, das Handwerk, das Transportgewerbe, die Gastronomen und Tausende Bürger treibt es deswegen friedlich auf die Straße. Zahlreiche Betriebe fürchten um ihre Existenz, fleißige Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz.

Diese verantwortungslose Politik der Bundesregierung darf die Hessische Landesregierung nicht mittragen. Die Landesregierung muss der Rhetorik ihrer Regierungserklärung Taten folgen lassen und landespolitische Möglichkeiten zur Unterstützung der Bauern nutzen, die faire Bedingungen für ihre Branche einfordern und Steuererhöhungen zurecht ablehnen.

Ebenso bekunden wir unsere Unterstützung gegenüber dem Transportgewerbe, welches eine zentrale Rolle in der Versorgungskette spielt sowie gegenüber der ohnehin schon gebeutelten Gastronomie, die nach den Corona-Zwangsschließungen der letzten Jahre von erheblichen Preiserhöhungen betroffen ist.

Wiesbaden, 30. Januar 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe